

**XX. Beirat beim Ortsamt Burglesum**  
**Niederschrift über die 37. Beiratssitzung am 22.11.2022**  
**Beginn 19:00 Uhr – Ende 21:30 Uhr**

Anwesend waren die Beiratsmitglieder

M. Wolter, N. Heide, U. Appel, Marcel Freihorst, Werner Müller –  
M. Hornhues, H. Lürßen, M. Freihorst, I. Eylers –  
B. Punkenburg, E. Friesen –  
P. Heereman –  
R. Tegtmeyer –  
H. Rühl –

Vorsitzender: Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum  
Protokoll: Frau Tietjen vom Ortsamt Burglesum

Gäste:

Udo Stoessel, Vertretung Senatorin für Kinder und Bildung  
Injin Tsogtsaikhan, Voi Technology Germany GmbH (per Videokonferenz)  
Paula Böcken, Voi Technology Germany GmbH (per Videokonferenz)

\*

**Herr Boehlke** eröffnet die 37. Sitzung des 20. Beirates Burglesum und begrüßt alle Teilnehmer\*innen.

**Herr Boehlke** weist auf die Aufzeichnung der Sitzung zur Erstellung des Protokolls hin.

**Genehmigung der Tagesordnung:**

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortsamtes am 11.11.2022 verschickt.

**Änderung zur Tagesordnung:**

**Herr Heereman** schlägt vor, dass Thema Recyclinghöfe erst im Januar 2023 zu beraten, weil im Dezember seitens des Senats noch Ergebnisse präsentiert werden sollen.  
Der Tagesordnungspunkt wird somit für heute abgesetzt.

*Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.*

**TOP 1:           Genehmigung des Protokolls vom 27.09.2022**

Der Entwurf des Protokolls wurde den Beiratsmitgliedern vorab zugesandt. Es liegen keine Änderungswünsche oder Anmerkungen vor.

**Beschluss** (einstimmig):

*Das Protokoll vom 27.09.2022 ist genehmigt.*

## **TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger**

Keine

## **TOP 3: Einführung von E-Scooter des Anbieters Voi in Burglesum**

**Herr Boehlke** begrüßt die Mitarbeiterinnen der Firma Voi, Injin Tsogtsaikhan und Paula Böcken, Voi Technology Germany GmbH. Diese nehmen per Videokonferenz an der Sitzung teil.

**Herr Boehlke** erläutert zunächst, dass aktuell die Firma TIER als einziger Anbieter in Burglesum aktiv sei.

Am 18.10.2022 erreichte Ortsamt und Beirat eine Information des Ordnungsamtes über den Antrag zur Ausweitung des Geschäftsgebietes im Bereich Bremen-Nord. Es sollen weitere 250 E-Scooter verteilt im Bremer Norden, aufgestellt werden, zunächst befristet bis zum 01.05.2023.

Es sei eine Stellungnahme des Beirates zu folgenden Punkten vorgesehen:

- Grundsätzliche Bedenken gegen die geplante Erweiterung
- Einrichtung von zusätzlichen Parkverbotszonen innerhalb des erweiterten Bereichs (genaue Angabe von räumlichen und ggf. zeitlichen Grenzen für die Verbotsbereiche)

**Herr Boehlke** bittet um eine Stellungnahme zu folgenden Fragestellungen:

- „Warum haben Sie Interesse an Bremen-Nord? Befürchten Sie kein Überangebot von E-Scootern?“
- Wieso beziehen Sie nicht den Ortsteil Burg-Grambke, südlich der Lesum gelegen, mit ein, alternativ zumindest bis zum Bahnhof Bremen-Burg?
- Wie sieht Ihr Beschwerde-Management aus? In der Vergangenheit erreichten uns immer mal wieder Beschwerden über sinnlos abgestellte E-Scooter, die eher die Gehwege blockieren und somit für Ärger sorgen.“

**Frau Böcken** antwortet, dass die Firma Voi kein Überangebot befürchte. Grundsätzlich werden die Gebiete vorab geprüft. Bremen-Nord hätte mit seiner Einwohnerzahl große Potentiale, trotz bereits vorhandenen Angebots der Firma Tier.

**Frau Böcken** stellt mittels Präsentation die Firma Voi vor.

**Herr Heereman** fragt, ob es überhaupt eine Möglichkeit für den Beirat gäbe, die Ansiedlung der Firma Voi zu verhindern. Er sehe keine Chance, dagegen zu sein, da man der Firma Tier ebenfalls die Erlaubnis erteilt habe. Er sehe es so, dass die E-Scooter sich nur zum Teil bewährt haben. Er fragt, in welchem Alterssegment die Nutzer sich bewegen, sein Eindruck sei, dass es eher von 14 bis 23-jährigen genutzt werde.

**Frau Böcken** teilt mit, dass das Mindestalter zur Nutzung 18 Jahre sei. Leider wurde von Stadtseite nicht kommuniziert, dass der Bahnhof Burg ein zentraler Verkehrspunkt sei. Es sei

auch nicht nur Bremen-Nord interessant für Voi. Das Angebot soll ausgeweitet werden. **Frau Tsogetsai Khan** ergänzt, dass das Durchschnittsalter der Nutzer\*innen 25 Jahre sei.

**Herr Hornhues** war, als die Firma Tier vorgestellt wurde, sehr skeptisch. Dieser erste Eindruck hätte sich so nicht bewahrheitet. Er fragt, wie das Beschwerdemanagement laufe, wie schnell könne man als Bürger mitteilen, dass ein Scooter unsachgemäß abgestellt wurde? Die zur Verfügung gestellte Karte sei nicht scharf mit den Landesgrenzen verwoben, nicht das ganze Beiratsgebiet wurde aufgenommen. Er fragt, ob man auch in Niedersachsen die Scooter abstellen könne. Er stellt außerdem fest, dass der Bahnhof Burg als zentraler Umsteigepunkt und der Ortsteil Grambke nicht dabei seien.

**Frau Böcken** erläutert, dass es eine 24/7 Hotline gibt, je nach Situation dauere die Reaktionszeit wenige Stunden. Es gibt außerdem einen Scootermelder, auf dem man Scooter jeglichen Unternehmens melden könne. Das funktioniert auch über eine App, über die VOI und auch Nichtnutzer\*innen Scooter melden können.

Zur Landesgrenze hin werden Nichtparkflächen eingerichtet, damit die Scooter nicht herausgefahren werden können.

**Frau Tsogetsai Khan** erklärt, dass Voi sich Gebiete ausgesucht habe, wo die Bevölkerungsdichte besonders hoch sei. Es war nicht so klar, dass sich in Burg sozusagen der „Hauptbahnhof“ von Lesum befinde, man könne dort eine Insel einrichten zum Parken und Starten. Verbotszonen können auch angepasst werden. Gerne können Verbotszonen auch mitgeteilt werden.

**Frau Wolter** betont, dass der Bahnhof Burg ein wichtiger Umsteigepunkt sei. Problematisch findet sie Grambke, wo die Anbindung an den Bahnhof nicht gut sei; dort haben viele Menschen weite Wege. Sie würde sich freuen, wenn im Frühjahr berichtet würde, wie die Beschwerdelage sei und wie alles läuft.

**Frau Böcken** teilt mit, dass Grambke ausgelassen wurde, weil grundsätzlich die Gebiete durchanalysiert werden in Hinblick auf die Bevölkerungsdichte, Infrastruktur etc. **Frau Tsogetsai Khan** ergänzt, dass es schwer sei, alle Stadtteile zu inkludieren.

**Herr Heide** merkt zum Durchschnittsalter an, dass es bei der Firma Tier auch 25 Jahre sei. Er nutze es auch, ebenso sein Freundeskreis. Er möchte betonen, dass es wichtig sei, den Bahnhof Burg einzubeziehen. Von dort ist auch die Anbindung nach Bremerhaven. Es sei ebenso auch der Bahnhof, der von Marßel aus angebunden sei. Zum Gebiet fragt er, wo es aus der Stadt kommend endet.

**Frau Böcken** antwortet hierzu, dass Gröpelingen am nächsten dran sei.

**Herr Heereman** hat den Eindruck, dass einige Beiratsmitglieder glauben, dass die Firma Voi ein öffentlicher Anbieter mit Versorgungsauftrag sei. Das sei nicht der Fall, der wirtschaftliche Aspekt sei wichtig bei der Frage, wo die Firma die Scooter anbietet.

**Herr Rühl** weist darauf hin, dass er permanent abgestellte Roller tagelang an gleicher Stelle stehen gesehen habe. Er fragt deshalb, ob der Markt überhaupt Bedarf für einen weiteren Anbieter habe.

**Frau Böcken** teilt mit, dass es keine Preisabsprachen gäbe. Sie könne jetzt auch nicht die Preise vergleichen. Langfristig werde sich die Firma mit dem besten Angebot durchsetzen. Darüber hinaus denke sie nicht, dass es bei Voi dazu kommen würde, dass die Scooter länger an einem Ort stehen. Zumal die Akkus nicht unbegrenzt haltbar seien.

**Herr Rühl** findet die Antwort zur Preisgestaltung ausweichend. Welchen Vorteil hätten die Nutzer durch einen neuen Anbieter, ob Voi günstiger sei. Er fragt, wie teuer eine halbe Stunde bei Voi zur Zeit sei? **Frau Tsogtsaikhan** erwidert, dass sich die Preise regelmäßig ändern würden, zur Zeit koste die Freischaltung 50ct und die Fahrt 19 ct. pro Minute.

**Frau Punkenburg** bemerkt, dass die Grünen zunächst skeptisch bei Tier waren, inzwischen hätte sich aber alles gut eingefügt. Die Erweiterung würde nun eher positiv gesehen werden. Zu Herrn Heereman merkt sie an, dass es völlig klar sei, dass die Anbieterfirmen wirtschaftlich denken und rechnen müssen.

**Frau Lürssen** fragt nach der Aufteilung auf die drei Bremen-Norder Stadtteile, wie viele der Scooter in Burglesum stationiert werden.

**Frau Böcken** führt aus, dass es von der Genehmigung abhängig sei. Der nächste Punkt wäre das Ausbringen der Scooter an diverse Standorte. Im ersten Schritt werden diese gleichmäßig verteilt und dann wird nachjustiert.

**Beschluss:** (12 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, 1 Gegenstimme)

*Der Beirat nimmt die Vorstellung zur Kenntnis und stimmt im Grundsatz dem Antrag von VOI zur befristeten Erweiterung ihrer Betriebszone in Burglesum zu, dieses vor allem im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes gegenüber dem Mitbewerber TIER. Der Beirat regt an, den Bahnhof Burg als zentralen Mobilitätspunkt als Standort in die Betriebszone mit aufzunehmen und wünscht sich perspektivisch die Ausweitung der Betriebszone auch für den Ortsteil Burg-Grambke, südlich der Lesum.*

**TOP 4:           Aktueller Sachstand zur Nutzung des Schulzentrums an der Bördestraße als Oberschule und zu den geplanten Entwicklungen an den Schulstandorten Heisterbusch und Steinkamp**

**Herr Boehlke** begrüßt Herrn Udo Stoessel, Vertretung der Senatorin für Kinder und Bildung und den Schulleiter der Oberschule Lesum, Herrn Schmieta.

**Herr Boehlke** erläutert, dass im Zuge der aktualisierten Schulstandortplanung vorgeschlagen wurde, die Oberschule Lesum in das Gebäude an der Bördestraße unterzubringen, wenn der berufsbildende Zweig an den Berufsschulcampus in die Übersee-Stadt ziehe. Der Beirat hatte in seiner Stellungnahme zur Schulstandortplanung Anfang Juni dieser Entwicklung im Grundsatz zugestimmt, erwartete aber hierzu eine Freiflächenplanung und weitere Detailplanungen.

In diesem Zusammenhang stehe auch die Klärung des Standortes für die neu zu gründende Grundschule – vor dem Heisterbusch und am Steinkamp. Heute werden nun weitere Details zu den Planungen dieses wichtigen Schulprojektes im Stadtteil erwartet.

**Herr Stoessel** schildert den aktuellen Planungsstand mittels Präsentation (s. Anlage 1).

**Frau Wolter** fragt, wie lange die einzelnen Planungsschritte brauchen. Sie befürchtet, mit dem Interim in der Planung stehen zu bleiben, wenn sich Prioritäten verschieben sollten. Sie möchte gerne eine zeitliche Darstellung zu den einzelnen Planungsschritten.

**Herr Stoessel** geht als grobe Schätzung davon aus, dass die Bördestraße Ende 2023 ausziehen könne und dann 2024/2025 der Steinkamp frei sei. Das sei aber eine vage Schätzung. Mit Bauzeit könne es 2027/28 fertig sein. Die Paul-Goldschmidt-Schule braucht dringend Plätze, so dass der Druck entsprechend groß sei. Der Bedarf sei sehr hoch, der könne gar nicht in einem Interim gebildet werden.

**Frau Appel** fragt, welche Schulform am Standort Bördestraße entstehen soll?

Dann fragt sie, wie es angedacht sei, eventuelle personelle Lücken zu schließen, wenn Lehrpersonal mit den Schülern wechselt.

Wenn Schulen fusionieren, wie die Funktionsstellen dann aufgeschlüsselt werden würden. Es müsse ja einen „Chef vom ganzen“ geben. Die Kollegen müssen in Prozess der Neuplanung einbezogen werden, es darf nicht nur das bauliche berücksichtigt werden. Wird die Schule eine Neugründung oder erfolgt eine Zusammenlegung?

Zum baulichen Umfang sei sie besorgt über die Größe des Außengeländes. Es werden Parkplätze auf dem Gelände für die Lehrer benötigt. Für den Ganztagsbetrieb eine Mensa Küche, ein Anlieferungsplatz für die Bullys, die W-und-E-Kinder bringen. Sie fragt sich, ob das Außengelände dann noch ausreichend sei.

**Herr Thiel**, Referatsleiter Schulaufsicht allgemeinbildende Schulen, teilt mit, dass eine Oberschule mit Oberstufe wie die Lerchenstraße oder Eggestedter Schule entstehen soll. Mit dem Personal würden bereits Gespräche geführt.

**Herr Stoessel** erläutert, dass die Parkplätze dem entsprechen, was geschaffen werden muss. Es sei ausreichend Fläche für die Infrastruktur vorhanden. Der Pausenbereich wird sich in Zukunft nicht mehr nur im Außenbereich, sondern auch im Innenbereich abspielen. Das Schulleben wird anders werden, auf verschiedenen Ebenen stattfinden.

Auf die Nachfrage von **Frau Appel** nach der Petition und ob es dadurch zu zeitlichen Verzögerungen kommen könne, teilt **Herr Stoessel** mit, dass nach dem Auftrag aus der Schulstandortplanung weiter verfahren werde.

**Herr Heereman** kritisiert, dass die Präsentationen eigentlich schon im Vorfeld zur Verfügung gestellt werden sollten und das nun wieder nicht geschehen sei, obwohl jedes Mal vom Beirat so angemahnt. Das sei ihm wirklich wichtig. **Herr Boehlke** versichert, regelmäßig in den Ressorts anzufragen und anzumahnen, die Vorlagen vorab zur Verfügung zu stellen.

Inhaltlich ist **Herr Heereman** erstaunt über die zu gründende Grundschule. 2019 war die Bildungsbehörde im Beirat mit Nennung des Gründungsdatums Schuljahr 2021/22,

spätestens 2023. Heute würde der Beirat hören, dass es 2027/28 werden würde. Er fragt sich, ob das Bildungsressort sich damals verrechnet habe, die Kinder weggezaubert wurden, oder wie könne die Grundschule nun auf einmal zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr notwendig sein? Das könne er sich nicht erklären.

**Herr Stoessel** antwortet, dass bei den Planungen von Prognosen ausgegangen werden würde, mit Zahlen, die das statistische Landesamt liefere. Die haben bestimmte Parameter aus der Vergangenheit, wie sich die Bevölkerung entwickelt. Eine ist eine Prognose über die Schülerzahlen. Die Entwicklung war nicht so dynamisch, wie angenommen, teilweise habe sie sich auch in andere Stadtteile verlagert. Das hänge auch mit Geflüchteten, Zuzügen und Wegzügen zusammen. Im Moment sei die Bildungsbehörde abhängig von den Einschulungszahlen, diese geben zur Zeit keinen Bedarf her. Es könne nur etabliert werden, was an Zahlen da sei, dazu finden jährliche Berechnungen statt. Die Bildungsbehörde muss sich hier den Gegebenheiten anpassen.

**Herr Thiel** ergänzt, dass man bei den Kapazitätsplanungen für die Einschulungen leider feststellen müsse, dass die Zahlen für die Schulstandortplanungen deutlich abweichen würden von den Bedarfen. Prognostisch gäbe es 5416 Einschulungskinder, er wisse nach heutigem aber Stand nicht, wieviel davon tatsächlich eingeschult werden. In den Stadtteilen gäbe es teilweise Schwankungen von ca. 50 Schülern.

**Herr Stoessel** antwortet, dass die Instrumente zur Planung vielfältig seien und Schwankungen unterliegen, die von der Bildungsbehörde nicht beeinflusst werden können. Dennoch muss auf die Zahlen Rücksicht genommen werden. Es gibt durchaus Stadtteile, wo keine Grundschule vorgesehen war, aber nun doch eine etabliert werden muss.

**Herr Heereman** kann nicht glauben, dass bei den hohen Geburtenzahlen in den letzten Jahren, kein Bedarf in Lesum sein soll und sich um eine ganze Schule verrechnet habe. Er sagt, dass er sehr genau hinschauen werde, wie viele Kinder/Eltern bei der Schule Am Mönchshof weggeschickt werden.

**Herr Hornhues** stellt fest, dass zusammenfassend in der Theorie alles ganz gut laufe, er sei aber skeptisch wegen der verzögerten Planungen.

Die neue Grundschule würde dringend gebraucht werden, weil die anderen Grundschulen, wie Am Mönchshof und St. Magnus, über die geplante zielstrukturelle Zweizügigkeit hinaus mehr Klassenverbände aufnehmen und mit ihrer Leistungsfähigkeit über ihre Grenzen gehen müssen und damit am Ende seien. Zudem müssen diese Grundschulen saniert werden

**Herr Friesen** findet den Beschluss sehr gut, er begrüßt den Standort Bördestraße, weil die Schule auch ohne Auto gut erreicht werden könne.

**Frau Appel** merkt an, dass betreffend der W und E Kinder unbedingt das Gespräch mit der Schule Am Mönchshof gesucht werden sollte, bevor man eventuell gewachsene Strukturen zerschlägt. Es sollte geprüft werden, ob es möglich ist, zwei W und E-Standorte laufen zu lassen. Sie möchte auch wissen, ob die Barrierefreiheit bei der Paul-Goldschmidt-Schule und der Grundschule gesichert ist, damit gegenseitige Besuche möglich sind.

**Herr Stoessel** versichert, dass auf die Barrierefreiheit geachtet wird.

**Herr Rühl** kann sich erinnern, dass in der letzten Bildungsdeputation für Herrn Stoessel die undankbare Aufgabe bestand, zu erläutern, warum vieles teurer geworden sei und sich durch Lieferschwierigkeiten alles verzögert habe etc. Er bittet darum, ehrlicher bei den Zeitprognosen zu sein, weil sich die Rahmenbedingungen keinen Deut geändert hätten.

**Herr Stoessel** antwortet, dass es natürlich immer zu Verzögerungen kommen könne, er die Zeitangaben nicht garantieren könne. Er glaubt aber das sind Dinge, wo man zielgerichtet weiterarbeitet.

#### Wortmeldungen aus dem Publikum:

**Bürger A** gibt ein Statement ab.

**Herr Heereman** stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, dass die Abgabe von Statements nicht zugelassen sei, sondern Fragen gestellt werden können.

**Bürger A** bezweifelt, dass der Platz ausreichend sei für eine Vielzahl von Schülern. Bei der Präsentation wurde die Verwaltung der Schule nicht eingeplant, in keinem einzigen Geschoss befände sich ein Lehrerzimmer etc. Tatsächlich werden weit über mehrere Etagen hinaus Jahrgänge zusammengelegt. Momentan hat man den Eindruck, die Planungen seien nicht seriös.

**Bürger B** stellt fest, dass die Bedarfe in einer Zweifachhalle nicht abgedeckt seien. Er möchte wissen, ob über 900 Schüler stets von der Bördestraße zum Steinkamp pendeln sollen. Er möchte wissen, welche der dargestellten Varianten der Schulsporthallen realistisch ist.

**Bürgerin C** fragt, wie eine Gestaltung des Außengeländes aussehen würde. Stellenweise verhaltensauffällige Kinder bräuchten Platz und Möglichkeiten, sich zu entfalten.

Sie sei ein wenig verwundert über die Pläne. Unter jeder Senatorin wäre bisher immer nur ein Gedanke gewesen: Das Gelände am Steinkamp wäre ideal für die in Zukunft zu erwartenden Schülerzahlen. Alles wäre auf dem Steinkampgelände möglich plus Grundschule und Oberschule und für die Kooperation mit der Paul-Goldschmidt-Schule wäre Platz am Heisterbusch.

**Bürger D** hält das Außengelände von der Größenordnung in keiner Weise für ausreichend. Sämtliche Parkplätze um das Gebäude Bördestraße werden eliminiert. Er glaubt nicht, dass es für eine Schülerschaft von 800 bis 900 Schülern reicht. Kinder hätten auf dem Schulgelände keinen ausreichenden Platz.

**Herr Stoessel** versichert, dass alle Flächen mit einer Verwaltung, Mensa etc. geplant seien. Die Flächen werden im Dialog mit den Schulen abgestimmt. Gleiches gilt für die Sportflächen. Es werden auch nicht 800 Schüler auf einmal Sport machen. Das Pausenverhalten wird in Zukunft ein anderes sein. Auch die Planung der Stellplätze ist natürlich schwierig. Aber man befände sich erst am Anfang der Planungen.

**Herr Boehlke** teilt zu den geäußerten Bedenken betreffend die Aula mit, dass es auch andere Lösungsmöglichkeiten als bisher geben könne. Es könnte ja auch die Sporthalle bei Veranstaltungen genutzt werden. Es gäbe noch viele offene Fragen, die heute nicht abschließend beantwortet werden können. Man muss auch den Mut haben, sich auf etwas

Neues einzulassen.

**Herr Hornhues** formuliert einen Beschlussvorschlag.

**Beschluss:** (12 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme, eine Enthaltung)

*Der Beirat nimmt die Vorstellung zur Kenntnis. Der Beirat erwartet im kommenden Jahr, nach der Sommerpause, eine Konkretisierung der Gesamtplanung betreffend*

- *Zeitplanung,*
- *Außenflächenplanung,*
- *Sportflächen,*
- *Planung der inklusiven Anlagen,*
- *Parkplatzsituation,*
- *Entlastung anderer Grundschulen,*
- *Vorstellung der Gesamtplanung der Oberschule Lesum der Klassen 5 bis 13.*

**TOP 5: Recyclingstation Burglesum (Antrag der FDP)**

abgesetzt

**TOP 6: Mitteilungen des Ortsamtsleiters**

- 30.11.2022: Ausschuss für Kinder und Bildung
- Hundefreilauffläche: Freigabe im Pellens Park, Knoops Wald folgt in Kürze
- Lärmschutzwand Grönlandstraße: Baubeginn in der 3. KW 2023, Bauzeit beträgt ca. 12 Wochen

**TOP 7: Mitteilungen des Beiratssprechers**

**Herr Hornhues** berichtet über den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiräte. Ein Termin sei ausgefallen, neuer Termin sei der 13.12.2022.

Aus der Beirätekonferenz berichtet er, dass alle nicht genehmigungsfähigen Schottergärten bis 2026 zurück gebaut werden sollen.

**TOP 8: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten**

**8.1: Herr Heide** teilt mit, dass seit circa einem Jahr der IC 2201 von Bremerhaven nach Köln fährt. Diesbezüglich bittet er das Ortsamt Burglesum, folgende Fragen an die Deutsche Bahn weiterzuleiten:

- „Wäre aus Sicht der Deutschen Bahn ein Halt der IC 2201 am Bahnhof Burg technisch möglich?
- Verfügt der Bahnhof Burg um die ausreichende Bahnsteiglänge für den Halt von einem IC?



- Ist der Bahnhof Burg formal für den Halt eines Ich's geeinigt?
- Falls nein, wo sind die Unterschiede zu beispielsweise dem Bahnhof Osterholz-Scharmbeck?
- Hat die deutsche Bahn bei der Planung der IC-Linie den Bahnhof Burg als Haltepunkt in Erwägung gezogen?
- Falls ja, wieso wurde der Bahnhof Burg nicht Berücksichtigt?
- Falls nein, warum nicht?
- Plant die Deutsche Bahn aktuell den Bahnhof Burg als neuen Haltepunkt für die Linie IC 2201 mit aufzunehmen?“

**8.2:** **Herr Rühl** teilt mit, dass in der Bildungsdeputation vom Staatsrat mitgeteilt wurde, dass die Sporthalle Helsinkistraße betreffend Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern vom Tisch sei. Mittlerweile habe die Sozialsenatorin das Thema aber schon wieder auf die Tagesordnung gesetzt, d.h. keine Entwarnung, weil aufgrund der Begründung der Notlage die Sozialsenatorin die Halle weiter akquirieren möchte.

**8.3:** **Herr Müller** berichtet von der Mitgliederversammlung der Seniorenvertretung. Es wurde u.a. das Seniorenmitwirkungsgesetz diskutiert. Dieses gibt es von in vier Bundesländern. Er möchte das Thema gerne in den Beirat einbringen.

Sitzungsende 21:30 Uhr.

**gez. Boehlke**  
Vorsitzender

**gez. Hornhues**  
Beiratssprecher

**gez. Tietjen**  
Protokoll